

jekte wie eine Satellitenstadt in der Umgebung des Flughafens und zwei neue Container-Terminals hinzu, wird der erforderliche Gesamtaufwand für die Durchführung des Regierungsplans die Höhe von 160 Mrd.HK\$ statt der zunächst kalkulierten 127 Mrd.HK\$ übersteigen. (NfA, 27.12.90)

Weil die Bauzeit des neuen Flughafens über 1997, wenn Hongkong an China zurückgegeben wird, hinausreicht, äußerte die Regierung in Beijing große Bedenken gegen das kostspielige Investitionsprogramm. Sie beklagte sich darüber, daß die chinesische Seite von der Hongkonger Regierung nicht ausreichende Informationen über das Mammutprojekt bekommen habe. Es besteht darüber hinaus nicht nur bei der chinesischen Seite, sondern auch bei zahlreichen Experten in Hongkong die Befürchtung, daß die Umsetzung der Baupläne die Finanzkraft Hongkongs bei weitem übersteige und man nach 1997 die Zeche werde bezahlen müssen. Im letzten Oktober sandte Beijing eine Expertendelegation zu Informationsgesprächen nach Hongkong. Weitere Gespräche von Experten beider Seiten sind für Januar 1991 geplant.

Der Standort des von Macau geplanten internationalen Flughafens liegt auf einer 470.000 qm umfassenden Landaufschüttung auf der Insel Taipa. Die Bauarbeiten am Flughafen mit einer Abfertigungskapazität von jährlich 4,8 Millionen Fluggästen und einem im Oktober 1989 veranschlagten Investitionsvolumen von 3,5 Mrd. Patacas (rd. 8 Patacas = 1 US\$) sollen einer jüngsten Meldung zufolge Mitte Januar 1991 beginnen und 1993 abgeschlossen sein. (DGB, 23.11.90) An den Investitionen hatte sich ursprünglich auch die Gruppe Chung Luen aus der VR China beteiligt, inzwischen hat sie sich aber aus Finanzgründen zurückgezogen. Grundsätzlich unterstützt die chinesische Seite nach wie vor das Macauer Bauprojekt. Aus Bedenken über den Fluglärm hat die angrenzende chinesische Stadt Zhuhai von Macau allerdings verlangt, die Richtung der Startbahn für einige Grade vom Plan abweichend zu verlegen. Dadurch würden sich aber die Kosten wegen zusätzlicher Landaufschüttungen wesentlich erhöhen. -ni-

Yu-Hsi Nieh

Taiwan: Innen- und außenpolitischer Rückblick auf das Jahr 1990

1 Politische Unruhen bei der Präsidentschaftswahl

Im abgelaufenen Jahr 1990, dem Jahr des Pferdes nach den chinesischen volkstümlichen Jahresbezeichnungen mit zwölf Tieren, verlor die Regierung in Taiwan in der Innenpolitik beinahe die Zügel. Präsidentschaftswahl und Kabinettsumbildung lösten in den Monaten Februar bis Mai eine gravierende politische Krise in der Regierung und der Regierungspartei Guomindang (Kuomintang, im foldenden GMD) aus. Der Präsident wird gemäß der geltenden Verfassung von der Nationalversammlung gewählt, in der die GMD die absolute Mehrheit hat. Traditionell stellte die GMD in der Vergangenheit stets ihren Vorsitzenden als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten auf. So gab es ursprünglich auch keinen Zweifel an der Nominierung und Wahl von Li Denghui (Lee Teng-hui) als amtierenden Parteivorsitzenden der GMD und Staatspräsidenten. Heftigen Streit gab es aber um die Kandidatur des Vizestaatspräsidenten, der die Partei spaltete.

Mit Ausnahme der ersten Präsidentschaftswahl 1948 in Nanjing nach der Bekanntmachung der Verfassung der Republik China, als die GMD ebenfalls infolge eines heftigen Gerangels zwischen mehreren führenden Parteimitgliedern um das Vizepräsidentenamt tief gespalten wurde, hatten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek, 1887-1975) und Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo, 1910-1988) in Taiwan als Parteivorsitzende und Kandidaten des Präsidentschaftsamt jedes Mal ihren Wahlgefährten für das Amt des Vizepräsidenten selbst bestimmen können und dann durch das Zentralexekutivkomitee (ZEK) der Partei nur formell bestätigen lassen.

Im Vergleich zu den Jiangs ist Li Denghui kein starker Mann, aber er folgte dieser Tradition. Als seine Entscheidung für die Nominierung von Li Yuancu (Li Yuanzu) zum Vizepräsidentenkandidaten kurz vor der außerordentlichen Plenarsitzung des ZEK vom 11. Februar publik wurde, war die Öffentlichkeit sehr überrascht, weil dieser bisher noch nie zu der ersten Garnitur der Parteiführung und auch nicht zu den allgemein erwarteten Favoriten bei der Wahl gezählt hatte.

Auf der außerordentlichen ZEK-Plenarsitzung gab es eine Auseinandersetzung über die Methode der Kandidatenwahl. Die Anhänger von Li Denghui und Li Yuancu unter Führung des Generalsekretärs der Partei, Song Chuyu (James C.Y. Soong), befürworteten eine offene Abstimmung wie vor sechs Jahren, um so die Nominierung der beiden Lis zu sichern. Um eben dies zum Scheitern zu bringen, verlangte eine Gruppe von führenden Parteipolitikern wie Ministerpräsident Li Huan (Lee Huan), Justizyuan-Präsident Lin Yanggang (Lin Yang-kang), Wirtschaftsminister Chen Li'an (Chen Li-an) und Verteidigungsminister Hao Bocun (Hau Pei-tsun) u.a. eine geheime Abstimmung im Geiste der Demokratisierung der Partei. Die Mehrheit der Delegierten wollte offenbar eine deutliche Parteisplaltung nicht herbeiführen und unterstützte daher schließlich bei einer Abstimmung den Vorschlag der offenen Wahl. Sodann wurden Li Denghui und Li Yuancu von den 180 anwesenden Delegierten einstimmig - durch Aufstehen bzw. Handzeichen - zum Präsidenten- bzw. Vizepräsidentenkandidaten gewählt.

1988-1989 waren zwei informelle Gruppierungen in der GMD erkennbar: die konservativen Kräfte der älteren

ren Politiker auf der einen Seite und die reformfreundlichen Kräfte der überwiegend relativ jüngeren Generation auf der anderen. Infolge des Gerangels um die Kandidaturen für das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt hat sich der innerparteiliche Gegensatz in eine neue Konstellation gewandelt. Man bezeichnet die Doppel-Lis und deren Anhängerschaft als die Gruppierung der Hauptströmung (Zhuliupai) und ihre Gegner als die der Nicht-Hauptströmung (Fei-Zhuliupai). Nach der Nominierungswahl der Doppel-Lis durch das ZEK haben die Kräfte der Nicht-Hauptströmung im Februar und März weiter versucht, Lin Yanggang und Jiang Weiguo (Chiang Wei-kuo) als Gegenkandidaten der Doppel-Lis für die Präsidenten- und die Vizepräsidentenschaft direkt durch einen Teil der Deputierten der Nationalversammlung, d.h. ohne Einschaltung der Partei, zu nominieren. Lin galt schon immer als der stärkste gebürtig-einheimische politische Kontrahent von Li Denghui, und Jiang Weiguo genießt als der zweite Sohn von Jiang Jieshi große Sympathie der in der Nationalversammlung mehrheitbildenden betagten Deputierten, die vor 43 Jahren auf dem chinesischen Festland gewählt wurden.

Als die Unterstützung für die Nominierung von Lin und Jiang ständig zunahm und die Wahlchancen der zwei Lis immer mehr bedroht wurde, versuchten acht Seniorpolitiker (ba dalao) der GMD auf drängende Bitten des Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui zwischen den Konkurrenten zu schlichten. Schließlich versprach Li, seinen Führungsstil der Alleinherrschaft zu ändern, d.h. eine kollektive Führung in der Partei einzuführen und das Kabinettsystem (Parlamentarismus) gemäß der Verfassung zu achten. Daraufhin verzichteten Lin und Jiang am 9. und 10. März auf ihre Kandidaturen.

Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl kam es zu einer anderen, noch größeren politischen Krise. Die Deputierten verlangten mehr Macht und mehr Spesen. Die Opposition Minjindang (Demokratisch-Fortschrittliche Partei, im folgenden MJD), die nur 11 der zuletzt Anfang Dezember 1986 in Taiwan gewählten 84 zusätzlichen Deputierten stellt, will die Kompetenz aller 1947 auf dem chinesischen Festland gewählten Deputierten nicht anerkennen. Sie

forderte die Auflösung der Nationalversammlung und die Einführung der Direktwahl des Präsidenten durch das Volk. Daher versuchte sie auf mehreren Wegen, einschließlich einer Reihe von Gewaltanwendungen, die Präsidentschaftswahl zu verhindern. In den Tagen vom 14. bis 21. März befand sich Taiwan in der bedrohlichsten Lage seit dem Volksaufstand vom 28. Februar 1947.

Auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die betagten Deputierten versammelten sich über 30.000 Menschen, hauptsächlich Studenten, auf dem Platz vor der Jiang Jieshi-Gedenkstätte im Zentrum der Hauptstadt Taipei und veranstalteten dort mehrere Tage lang "Sit-ins" nach dem Vorbild der Demokratiebewegung 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Beijing. Dabei gab es auch organisierten Hungerstreik von rund 60 Personen. Allerdings gingen die Demonstrationen am 19. März im Gegensatz zu der Tiananmen-Affäre friedlich zu Ende, nachdem Präsident Li Denghui 50 Studentenvertreter zum Gespräch empfangen und politische Reformen nach der Präsidentschaftswahl versprochen hatte.

Unter dem Druck der allgemeinen Volksstimmung mußten auch die Deputierten einlenken. Die geplante Machtausdehnung der Nationalversammlung durch eine Novellierung der sogenannten "provisorischen Verfassungsartikel während der Periode der Mobilmachung zur Unterdrückung der [kommunistischen] Rebellion", die ursprünglich noch vor der Präsidentschaftswahl verabschiedet werden sollte, wurde bis auf weiteres verschoben und der Antrag über Spesenerhöhung für die anwesenden Deputierten wurde ebenfalls zurückgezogen. Am 21. und 22. März wurden Li Denghui mit 95,96% und Li Yuancu mit 93,48% der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten gewählt.

2 Die zweite politische Krise bei der Kabinettsumbildung

Im Mai, also nur zwei Monate nach den Präsidentschaftswahlen, gab es in Taiwan wieder neue politische Unruhen. Der alte und neue Präsident Li Denghui setzte bei der Regierungsumbildung entgegen allgemeiner Erwartung den liberalen und populären Ministerpräsidenten Li Huan ab und er-

nannte als dessen Nachfolger General Hao Bocun. Hao Bocun war zuvor neun Jahre lang hintereinander Generalstabschef und Verteidigungsminister und galt als der starke Mann des Militärs und als ein "Risikofaktor" für die politische Demokratisierung Taiwans.

Gleich nach der Ankündigung von Haos neuer Ernennung gingen am 2. Mai wieder Studenten und Professoren zum Protest gegen die Entscheidung des Präsidenten auf die Straße. Auf dem Höhepunkt demonstrierten am 20. Mai, dem Tag der Amtsvereidigung Li Denghui als neuer Präsident, in der Hauptstadt Taipei zehntausend Menschen mit Parolen wie "Anti-Militärkabinett" und "gegen Einmischung des Militärs in die Politik". Am 29. Mai, als im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) die Abstimmung über die Ernennung General Haos zum neuen Ministerpräsidenten stattfand, herrschte in der Stadt eine chaotische Situation. Zahlreiche Autos und Häuser wurden demoliert. 30 Personen, einschließlich acht Polizisten und zwei Journalisten, wurden verletzt und 13 radikale Demonstranten verhaftet. Im Sitzungssaal des Gesetzgebungs Yuan stritten die Abgeordneten der Regierungspartei und der Opposition miteinander fast den ganzen Tag lang, wobei es auch zu Handgreiflichkeiten kam. Erst durch Polizeieinsatz konnte die Abstimmung schließlich zu Ende gebracht werden. Von den 228 anwesenden Abgeordneten bekam Hao 186 (81,58%) Stimmen, 27 votierten gegen ihn.

Vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten galt Hao, wie bereits oben erwähnt, als ein wichtiger Angehöriger der Gruppierung der "Nicht-Hauptströmung" in der Regierungspartei. Daher erwartete man auch eine gewisse Spannung im Machtverhältnis zwischen ihm und dem Präsidenten. Doch anders als bei seinen beiden Vorgängern, Yu Guohua (Yu Kuo-hwa) und Li Huan, gab es bislang keine wesentlichen Reibungen mit dem Präsidenten in der Rollenverteilung. Hao zeigt wenig Interesse an der großen Politik; er bevorzugt, praktische Probleme wie die zunehmende Kriminalität und Investitionshemmnisse anzupacken. Infolgedessen ist inzwischen sein Ansehen bei der Bevölkerung nach verschiedenen Meinungsumfragen größer als das des Präsidenten. Im Parlament wie in der Öffentlichkeit bemüht er sich, sein altes Image des militärisch

starken Mannes zu verbessern. Allerdings wollen zahlreiche Kritiker, zumal die Oppositionellen, im Hinblick auf seine militärische Vergangenheit und einige übertrieben straffe Maßnahmen in der letzten Zeit zur Verstärkung der öffentlichen Ordnung - wie z.B. Kürzung der nächtlichen Öffnungszeiten von Vergnügungslokalen - ihn immer noch nicht für einen überzeugten Demokraten halten.

Im neuen Kabinett gibt es nicht viele neue Gesichter. Bei der Neubesetzung von 11 Ämtern auf Ministerebene handelt es sich hauptsächlich um Postenverschiebungen. Auffällig war die Ernennung der zwei parteilosen Oppositionspolitiker Huang Shicheng zum Minister ohne Geschäftsbereich und Frau Zhang Boya zur Direktorin des Amtes für Gesundheitswesen. Eine andere kleine Überraschung war die Übernahme des Ministeramts für Verteidigung durch einen jüngeren zivilen Politiker, Chen Li'an, der davor den Posten des Wirtschaftsministers innehatte.

3 Die Verfassungskrise

Um das Versprechen politischer Reformen einzulösen und damit den erneuten Unwillen in der Bevölkerung zu beschwichtigen, berief Präsident Li Denghui Ende Juni/Anfang Juli eine überparteiliche Konferenz für nationale Angelegenheiten (Guoshi Huiyi) in Taipei ein, an der auch zahlreiche Dissidenten aus dem Exil teilnahmen. Fünf wichtige Themen wurden auf der Konferenz diskutiert: die Parlamentsreform, das System der Lokalverwaltung und der Zentralregierung, die Verfassungsänderung und die Politik gegenüber dem chinesischen Festland. Über die Frage von Neuwahlen der drei über 40 Jahre lang nicht erneuerten staatlichen Parlamentsorgane (Nationalversammlung, Gesetzgebungs- und Kontroll Yuan), der Vervollständigung der lokalen Selbstverwaltung sowie der Verbesserung der Beziehungen zum chinesischen Festland gab es kaum Meinungsverschiedenheiten. Heftige Auseinandersetzungen fanden jedoch bei der Diskussion über die Verfassungsreform und Umgestaltung der Zentralregierungsstruktur statt. Während die oppositionellen Teilnehmer eine völlig neue Verfassung befürworteten, wollten die Teilnehmer auf der Regierungseite nur eine Teil-

änderung der jetzigen Verfassung. Zum politischen System der Zentralregierung einigten sich die Teilnehmer der Regierungs- und der Oppositionsseite darauf, einerseits den Staatspräsidenten durch das Volk statt durch die Nationalversammlung zu wählen und andererseits das gegenwärtige Kabinettsystem (d.h. eine Mischung zwischen Präsidialsystem und Parlamentarismus) beizubehalten. Dagegen forderten die Teilnehmer der liberal-intellektuellen Seite die Schaffung eines klaren Parlamentarismus.

Die Konferenz hatte von Anfang an nur den Charakter eines Meinungsaustauschs, Beschlüsse waren nicht vorgesehen. Trotzdem wurde sie von vielen Mitgliedern des Gesetzgebungs Yuan und der Nationalversammlung scharf kritisiert, weil sie - so ihre Argumentation - gemäß der geltenden Verfassung für Verfassungsänderungen und die Regierungsreform zuständig seien. Ursprünglich war auf der Konferenz vorgeschlagen worden, zur Fortsetzung der Vorbereitungsarbeiten für die Verfassungsänderung eine Konsultationsgruppe unter dem Präsidialamt zu gründen, was aber infolge der Parlamentarierkritik nicht zustande kam. Statt dessen wurde in der Regierungspartei eine Gruppe zur Planung der Verfassungs- und Regierungsreform (Xianzheng-gaige Cehua-xiaozu) gebildet. Da diese bislang immer noch keine konkreten Konturen für die Verfassungsreform entworfen hat, machte sich in der Öffentlichkeit wieder Ungeduld breit. Am 25. Dezember kündigte Präsident Li Denghui auf einer Gedenkversammlung des 43. Jahrestages der Verfassung und der Jahrestagung der Nationalversammlung einen Zeitplan an, wonach noch vor Mai 1991 die "Periode der Mobilmachung zur Unterdrückung der Rebellion" beendet wird und Mitte 1992 die Verfassungs- und Regierungsreform abgeschlossen sein muß.

Einen Tag darauf, am 26. Dezember, faßte die Gruppe zur Planung der Verfassungs- und Regierungsreform der GMD Lis Ankündigung entsprechend einen Beschluß mit dem Vorschlag, die Verfassungsreform "durch ein Organ in zwei Etappen" (yige jigou liangge jieduan) durchzuführen. Im kommenden April, so heißt es, soll die vor 44 Jahren gewählte "1. Nationalversammlung" nochmals zu einer außerordentlichen Tagung einberufen werden, um

neue provisorische Verfassungsartikel für eine Übergangszeit von einem Jahr nach der geplanten Beendigung der Periode zur Unterdrückung der Rebellion zu verabschieden, die die Wahlen der "2. Nationalversammlung" im Dezember 1991 ermöglichen sollen. Diese neue Nationalversammlung soll bis Mitte 1992, entsprechend dem vom Präsidenten angekündigten Zeitplan, die eigentliche Verfassungsänderung vollenden.

Gemäß einer Entscheidung des Rats der Hohen Richter (Dafaguan Huiyi) des Justiz Yuan als zuständiges Organ für Verfassungenauslegung vom 21. Juni 1990 müssen alle 1947-1948 gewählten Abgeordneten auf Zentralregierungsebene, d.h. die betagten Mitglieder der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs- und des Kontroll Yuan bis Ende 1991 zurücktreten. Ferner wird in demselben Beschluß die Regierung aufgefordert, nach dem Rücktritt der "alten" Abgeordneten rechtzeitig die zweiten Wahlen der drei staatlichen Parlamentsorgane (erste Wahlen 1947/48) mit einem Teil der "überregionalen" Volksvertreter (d.h. Vertreter nicht nur für Taiwan, sondern für Gesamtchina) abzuhalten. Ein Teil der betagten Deputierten der Nationalversammlung plant seitdem, die Auslegung der Hohen Richter durch Verfassungsänderung wieder nichtig zu machen. Es ist noch unklar, ob sie sich mit dem Plan des Präsidenten Li Denghui und der GMD über die Verfassungsreform in zwei Etappen zufriedengeben wollen. Denn in diesem Fall, wie gesagt, sollen sie nur die provisorischen Verfassungsartikel revidieren, um damit die Wahlen ihrer Nachfolger zu ermöglichen, d.h. ihren eigenen Rücktritt zu bestätigen.

Darüber hinaus scheint der Gesetzgebungs Yuan, der der geltenden Verfassung gemäß auch das Recht hat, Vorschläge für Verfassungsreformen bei der Nationalversammlung einzureichen, es nicht zu akzeptieren, allein der Nationalversammlung die Ausarbeitung der Verfassungsreform zu überlassen. Schließlich gibt es bislang noch keinen konkreten Vorschlag seitens der GMD über das künftige Regierungssystem als die wichtigste und umstrittenste substantielle Frage in der Verfassungsreform. Eine Verschärfung der Verfassungskrise ist daher für 1991, dem Jahr der Ziege, so gut wie vorprogrammiert.

4 Friedensoffensive in der Chinapolitik

Wie die Regierungspartei GMD hat sich auch die oppositionelle MJD 1990 deutlich in zwei große Gruppierungen der "Hauptströmung" und "Nicht-Hauptströmung" gespalten. Die wichtigste Diskrepanz zwischen den beiden Parteien, zumal zwischen den zwei Nicht-Hauptströmungsgruppierungen, liegt in der Politik über die Zukunft Taiwans. Auf GMD-Seite vertreten die Anhänger der Hauptströmung eine vorsichtige und die der Nicht-Hauptströmung eine eindeutiger artikulierte Politik für die Vereinigung Chinas. Auf MJD-Seite befürwortet die Hauptströmung, die Meilidao-Gruppe, behutsam und die Nicht-Hauptströmung, die Xinchao-liu-Gruppe, unverhüllt Taiwans Unabhängigkeit von China.

Nach der oben bereits erwähnten Konferenz für nationale Angelegenheiten Ende Juni und Anfang Juli, auf der hauptsächlich nur Anhänger der Hauptströmung der GMD und der MJD vertreten waren, wurden die internen Auseinandersetzungen innerhalb der zwei großen Parteien über die Zukunft Taiwans eher verschärft. Die Anhänger der Nicht-Hauptströmung der GMD, fast ausschließlich "Festländer", also die Übersiedler aus dem chinesischen Festland, waren empört, daß Präsident Li Denghui zahlreiche im Exil lebende Führer oder Mitläufer der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen hatte. Hingegen zeigten sich die Anhänger der Nicht-Hauptströmung der MJD unmutig, daß die Vertreter der MJD-Hauptströmung auf der Konferenz den Standpunkt für politische Unabhängigkeit Taiwans nicht deutlich genug präsentiert hatten.

Um die Anhänger der Nicht-Hauptströmung der GMD zu beruhigen und damit die Partei vor einer offenen Spaltung zu bewahren, hat die Regierung am 7. Oktober ein Komitee für die nationale Vereinigung (Guojia Tongyi Weiyuanhui) unter dem Präsidialamt gegründet. Vorsitzender des Komitees ist Präsident Li Denghui. Auf der ersten Sitzung des Komitees am Gründungstag in Taipei sagte er, daß die Vereinigung Chinas kein unerreichbarer Traum sei. Am Schluß der Tagung betonte er, daß die Politik seiner Regierung gegenüber dem chinesischen Festland darauf ziele, einen freien,

demokratischen, gleich wohlhabenden und vereinigten chinesischen Staat wiederaufzubauen. Eines der Ziele bei der Gründung des Komitees sei, "Taidu" (taiwanesischer Unabhängigkeit) für undurchführbar zu erklären. Das Komitee hat aber nur eine Beratungsfunktion. Für Forschung, Planung und Ausführung der Chinapolitik wurde zwischen Oktober und November im Exekutiv Yuan (Kabinett) ein Komitee für das (chinesische) Festland (Dalu Weiyuanhui) gebildet. Ferner wurde am 21. November eine halbamtliche Organisation mit dem Namen "Stiftung für Kontakte zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße" (Haixia Jiaoliu Jijinhui) eingerichtet. Juristisch ist diese Stiftung eine inoffizielle zivile Körperschaft, aber sie arbeitet im Auftrag des Komitees für das Festland am Gesetzgebung Yuan und hat alle Angelegenheiten in bezug auf die Beziehungen zum chinesischen Festland zu behandeln, einschließlich des Kulturaustausches, Handels, Reiseverkehrs und aller Rechtsfragen. Die umständliche und sich überlappende Struktur der Organe ist darauf zurückzuführen, daß Taiwan bislang noch keine offiziellen Beziehungen mit dem chinesischen Festland hat oder haben will.

In seiner Rede beim Amtsantritt als neuer Präsident forderte Li Denghui zum ersten Mal Beijing auf, gleichberechtigte Verhandlungen zuerst über Kulturaustausch und Handel und dann auch über die Vereinigung Chinas zu führen. Allerdings verknüpfte er sein Angebot zugleich mit Bedingungen: politische Demokratisierung und Einführung freier Marktwirtschaft auf dem chinesischen Festland, Beijings Verzicht auf Waffenanwendung gegen Taiwan und ein Ende der Störungen in Taiwans Beziehungen zum Ausland. Noch vor seinem Amtsantritt als neuer Präsident hatte er in Gesprächen mit zahlreichen Abgeordneten hinsichtlich seiner Politik gegenüber Beijing die Prinzipien von "duideng tanpan" (gleichberechtigte Verhandlungen) und "yiguo liangfu" (ein Staat, zwei Regierungen) offen zum Ausdruck gebracht.

Beijing, das Taipei nach wie vor lediglich als eine Lokalregierung betrachten will, hat bislang nur "gleichberechtigte" Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien beider Seiten, der KPCh und der GMD, angeboten. Offenbar aus der Befürchtung, daß Verhandlungen

zwischen zwei berechtigten Regierungen zur Anerkennung von zwei chinesischen Staaten führen könnten, gibt es keine offizielle Reaktion von Beijing auf Li Denghuis Vorschlag. Bei internen Gesprächen sollen Beijings führende Politiker Taiwans Friedensoffensive als Täuschungsmanöver bezeichnet haben. Noch größere Sorge bereitete ihnen Taiwans Opposition MJD, die am 7. Oktober - als eine Antwort auf die Gründung des oben genannten Komitees für die nationale Vereinigung durch die Regierung in Taipei - einen Beschluß über die "de-facto-Souveränität" von Taiwan, die sich nicht auf das chinesische Festland erstrecken soll, d.h. praktisch einen Verzicht auf die Vereinigung Chinas oder Unabhängigkeit Taiwans von China.

Angesichts des zunehmenden Trends in Taiwan zur politischen Unabhängigkeit soll Beijing einigen Hongkonger und taiwanesischen Pressemeldungen zufolge geplant haben, die militärischen Drohungen gegen Taiwan wieder zu verstärken. Ferner hat Deng Xiaoping, der starke Mann von Beijing, angeblich in einem Gespräch mit einem pensionierten hohen GMD-Politiker, Deng Wenyi (86), bei dessen Besuch in Beijing am 19. Mai gesagt, daß sich das chinesische Festland und Taiwan noch in den kommenden zwei oder drei Jahren vereinigen müßten. Auf einer vom ZK der KPCh vom 6. bis 12. Dezember in Beijing veranstalteten Arbeitskonferenz aller für die Angelegenheiten Taiwans zuständigen Organisationen auf dem chinesischen Festland wurde eine friedliche Vereinigung Chinas unter dem Prinzip von "ein Staat, zwei Systeme" (Aufrechterhaltung des Kapitalismus in Taiwan nach Vereinigung) bekräftigt, gleichzeitig aber die Ideen Taiwans wie "ein Staat, zwei Regierungen", "flexible Diplomatie" (Akzeptierung doppelchinesischer Vertretung) und vor allem die Unabhängigkeitsbewegung in Taiwan scharf verurteilt. Die Konferenz hat auch keine Frist für die Vereinigung mit Taiwan gesetzt. Es ist nur davon die Rede, daß die Vereinigung des chinesischen Vaterlands eine wichtige Aufgabe der ganzen Partei und des ganzen Staates in den 90er Jahren sei. Ferner appellierte die Konferenz dringend an Taiwan, den gegenseitigen Post-, Reise- und Handelsverkehr weiter zu liberalisieren und direkte Verbindungen zwischen beiden Seiten aufzunehmen.

Offiziell hält Taiwan als Antwort auf Beijings Angebot der drei Verbindungen (santong) von Post, Reisen und Handel zwischen beiden Seiten die Drei-Nein-Politik (Nein zur Verhandlung, Nein zum Kontakt und Nein zum Kompromiß) von vor elf Jahren nach wie vor fest. Allerdings beschränkt sich das Neinsagen längst nur noch auf direkte Verbindungen. "Indirekte" Verbindungen über einen Dritort, hauptsächlich Hongkong, werden nicht mehr verhindert. Im Berichtsjahr hat die Regierung das Verbot von Reisen nach dem chinesischen Festland auf den engen Personenkreis führender Politiker, Militärs im aktiven Dienst sowie Sicherheitsbeamte reduziert. Ferner dürfen jetzt auch Journalisten aus dem chinesischen Festland Taiwan besuchen, früher erhielten nur diejenigen Festlandschinesen eine Einreiseerlaubnis, die aus bestimmten familiären Gründen oder auf Einladung zum Kulturaustausch nach Taiwan kamen. Allerdings muß jeder, der Mitglied der KPCh ist, vor der Einreise aus der Partei austreten. Diese Auflage wurde nicht nur auf dem chinesischen Festland, sondern auch in Taiwan viel kritisiert.

1990 sind schätzungsweise über 850.000 Bürger Taiwans nach dem chinesischen Festland gereist (57% mehr als im Vorjahr), umgekehrt kamen rund 4.500 Festlandchinesen über Hongkong nach Taiwan zu Besuch (50% mehr). Der indirekte Warenaustausch erreichte im gleichen Zeitraum ebenfalls schätzungsweise ein Gesamtvolumen von 4 Mrd. US\$ mit einem Überschuß von über 2,4 Mrd. US\$ zu Taiwans Gunsten. Beijing beklagte sich über die stark ungleiche Bilanz und forderte Taiwan unermüdlich dazu auf, die Importbarrieren gegen Waren aus dem chinesischen Festland sowie die Einreisebeschränkungen für Festlandschinesen weiter abzubauen. Allerdings haben bislang rund 2.000 taiwanesischen Firmen Investitionen in Höhe von 2 Mrd. US\$ auf dem chinesischen Festland vereinbart. Einer Berechnung der Zentralbank in Taipei zufolge fließen durch Reisen, Handel, Investitionen und Schenkungen jährlich 2 Mrd. Kapital von Taiwan auf das chinesische Festland ab. Befriedigt ist Beijing über die Vereinbarung des Roten Kreuzes beider Seiten hinsichtlich der direkten Abschiebung der aus dem chinesischen Festland illegal nach Taiwan eingereisten Arbeiter bzw. Übersiedler über

die Frontinseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) und Mazu (Matsu). Auch die Beteiligung der Sportler Taiwans an den 11. Asienspielen im September und Oktober in Beijing wurde von der chinesischen Führung politisch hoch bewertet.

5 Erfolge und Schlappen in der Außenpolitik

Seit 1989 hat Taiwan den neuen Kurs mit dem Motto "flexible" (tanxing) oder "pragmatische" (wushi) Diplomatie eingeschlagen, d.h. Abrücken vom Anspruch auf Alleinvertretung für Gesamtchina oder, wie oben bereits erwähnt, Akzeptierung einer chinesischen Doppelvertretung. Offiziell oder verbal hält die Regierung Taipei zwar immer noch am Ein-China-Prinzip fest, aber sie ist andererseits auch bereit, diplomatische Beziehungen zu jenen Regierungen oder internationalen Organisationen aufzunehmen, die volle diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhalten. Diese neue Außenpolitik brachte 1990 weitere Erfolge. Lesotho (im April), Guinea-Bissau (im Mai) und Nicaragua (im November) haben hintereinander diplomatische Beziehungen zu Taipei aufgenommen. Beijing, das an seinem Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans weiterhin festhält, wurde gezwungen, seine diplomatischen Beziehungen zu diesen Ländern zu "unterbrechen" (abzubrechen). Aber es ist andererseits Taipei nicht gelungen, seine Botschaft in Saudi-Arabien beizubehalten, nachdem Riad am 21. Juli diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatte.

Sehr enttäuscht ist Taiwan auch darüber, daß Indonesien und Singapur trotz ihrer engen Wirtschaftsverbindung mit Taiwan im Juli bzw. Oktober diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen haben. Ferner hat Beijing am 16. November diplomatische Beziehungen zu den Marshall-Inseln im Pazifik aufgenommen, obwohl sich diese bereits in einem Memorandum von 1979 verpflichtet hatten, nach ihrer Unabhängigkeit diplomatische Beziehungen zu Taipei aufzunehmen und ihr Außenminister noch im Mai 1989 Taiwan einen zweiten Besuch abgestattet hatte.

Am 30. Oktober hat Bolivien, das volle diplomatische Beziehungen mit Beijing unterhält, Taiwan gestattet, eine Ver-

tretung mit der Bezeichnung "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China" in La Paz zu gründen, die auch den gleichen diplomatischen Status wie Vertretungen internationaler Organisationen in dem Land genießen kann. Auch zu zahlreichen anderen Staaten wurden 1990 Taiwans "substantielle" Beziehungen durch Umbenennung seiner inoffiziellen Vertretungen (wie z.B. in Deutschland "Taipei Wirtschafts- und Kulturbüro" statt "Fernost-Information") oder durch neue Flugverbindungen (Österreich, Vereinigte Arabische Emirate, Malawi, Malaysia, Australien, Kanada u.a.) verbessert. Große Sorgen bereiteten Beijing Taiwans Annäherungen an die osteuropäischen Staaten, zumal an die Sowjetunion. Ende Oktober besuchte der Bürgermeister von Moskau, Gavrill H. Popov, Taipei und im November reiste eine sowjetische Handelsdelegation nach Taiwan. Taiwan ist auch bereit, Osteuropa einschließlich der Sowjetunion Finanzhilfen zu gewähren.